

Der ewige Kandidat

Mit religiöser und revolutionärer Rhetorik, sozialen Hilfsprogrammen und ihm ergebenen RichterInnen versucht Daniel Ortega seine Machtbasis in Nicaragua zu sichern. Trotz Verfassungsverbot ließ er sich seine erneute Kandidatur im nächsten Jahr genehmigen. Eine Analyse

TEXT: CARLOS F. CHAMORRO

Das erste, was BesucherInnen bei der Ankunft in Nicaragua überraschen wird, ist die Allgegenwart einer einzigen Person. Überall sieht man ihr riesenhaft vergrößertes Bild, begleitet von politisch-religiösen Slogans. „Dem Volk zu dienen, heißt Gott zu dienen“ oder „ALBA – christlich, solidarisch, sozialistisch“ ist auf den Spruchbändern zu lesen.

Es handelt sich aber dabei um keinen evangelikalen Prediger, sondern um Daniel Ortega, den Präsidenten der Republik. In der Avenida Bolívar in Managua feierte die Regierung in der Vorweihnachtszeit das Fest der Purísima, der Empfängnis Mariens. Bei diesem traditionellen religiösen Fest singen die Menschen Lieder für die heilige Jungfrau und erhalten Süßigkeiten geschenkt. Beim offiziellen Purísima-Fest demonstrieren Tausende von NicaraguanerInnen ihre extreme Armut auf den Altaren der staatlichen Ministerien, um einen Geschenkkorb zu erhalten: eine Gabe des Präsidenten und der First Lady, Rosario Murillo.

Die offizielle Propaganda gibt an, dass die „Änderung des Modells“ in den von der Regierung initiierten sozialen Hilfsprogrammen wurzelt, wie „Null Hunger“, „Null Wucher“, „Straßen für das Volk“ und so weiter, eine lokale Version der „Missionen“ Chávez' in Venezuela.

IWF bleibt Tonangeber

Doch in Wirklichkeit war in dieser Wirtschaft, die sich weiterhin an den Programmen des IWF ausrichtet, die einzige strukturelle Änderung die Privatisierung der millionenschweren Hilfe aus Venezuela, die etwa zehn Prozent des Bruttonationalproduktes ausmacht, die aber abseits des Staatshaushaltes abgehandelt

wird. Ein Teil dieser Mittel wird zur Finanzierung staatlicher Operationen des politischen Klientelismus verwendet, doch der größte Teil des Kuchens fließt in private Geschäfte, ohne die geringste Kontrolle und Transparenz, um das Kapital der mit der herrschenden Familie verbundenen Neureichen aufzufetten.

*Christlich verbrämte
Propaganda:
„Dem Volk zu dienen,
heißt Gott zu dienen“*



Freude nach dem ersten Wahlsieg Ortegas im Jahr 2005. Davon ist nicht viel geblieben.

In politischer Hinsicht predigt das Modell die direkte Demokratie, doch die Regierung praktiziert einen autoritären Kurs, der das Land geteilt und polarisiert hat. Ortega besitzt nicht die Zustimmung einer Bevölkerungsmehrheit wie etwa Evo Morales in Bolivien. Im Gegenteil, die Neuheit dieses Familien-Caudillismus liegt darin, dass eine sehr gut organisierte und mobilisierbare Minderheit regiert, als wäre sie die Mehrheit, und all das auf der Grundlage eines Paktes zur Verteilung der Pfründe, den Ortega mit Ex-Präsident Arnoldo Alemán geschlossen hat. So konnte Ortega 2006 die Präsidentschaftswahlen mit nur 38 Prozent der Stimmen im ersten Durchgang gewinnen.

Drei Jahre später ist er immer noch an der Macht und regiert ausschließlich für seine ParteigängerInnen, wobei er von der Spaltung der Opposition profitiert. Wenn seine Macht in den Straßen herausgefordert wird, greift er ohne zu zögern auf die Repression zurück, doch nicht mittels Polizei oder Armee, sondern über Schläger-Innentrupps der Regierungspartei. Jeden Monat überqueren Hunderte von NicaraguanerInnen zu Fuß die Grenze nach Costa Rica, um dort eine menschenwürdige Arbeit zu finden und ihren Familien mit

Rücküberweisungen helfen zu können. Im selben Land zeigen hingegen die Spitzenleute der Regierung genüsslich ihren Reichtum. Roberto Rivas, Präsident des Obersten Wahrates und Komplize des Wahlbetruges vom November 2008, reist jede Woche mit seinem Privatjet in die Hauptstadt Costa Ricas, wo er drei Villen und drei Luxusautos besitzt. Rivas ist ein Protegé Kardinal Miguel Obando y Bravos, einst Feind der Revolution und heute bedingungsloser Verbündeter Ortegas.

Armada von AktivistInnen

In geduldiger Arbeit wurde von Ortega über einen Zeitraum von 16 Jahren hinweg eine regelrechte Armee politischer AktivistInnen im Justizwesen aufgebaut, die schließlich die Justiz okkupierten. VerschwörerInnen, die einst ihr Leben für ein Ideal aufs Spiel gesetzt hatten und sich dann als AnwaltInnen mit Wochenendkursen über Wasser hielten, wurden RichterInnen, StaatsanwältInnen oder sogar Mitglieder des Obersten Gerichtshofes, und all das ausschließlich im Dienst Ortegas und seiner politischen und wirtschaftlichen Interessen. ▶▶

Es waren ebendiese RichterInnen, die am 19. Oktober 2009 geheim tagten und einen Spruch erließen, der die Verfassung reformierte, indem sie den Artikel 147, der die direkte Wiederwahl untersagt und die Wiederwahl nach einer Unterbrechung nur einmal gestattet, für „unanwendbar“ bezeichneten.

Ein unerhörter und völlig rechtswidriger Spruch, denn nur die Nationalversammlung ist befugt, die Verfassung zu ändern. Doch da Ortega im Parlament für seine Absicht nicht genügend Stimmen gewonnen hätte, entschloss er sich für eine „Abkürzung“, die einen Schlag gegen die Verfassung selbst darstellt.

Nachdem nun das juristische Hindernis für seine Wiederwahl im Jahr 2011 beseitigt ist, befindet sich der ewige Kandidat der FSLN wiederum im Wahlkampf. Laut Meinungsumfragen würden ihm nur 32 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme geben, womit er wenig Chancen auf einen Gewinn hätte. Doch angesichts

der Abwesenheit einer glaubwürdigen Wahlinstanz fragt sich die Mehrheit der Bevölkerung mit Besorgnis: Wer wird wohl die Stimmen zählen? ■

Carlos F. Chamorro, einst langjähriger Chefredakteur des sandinistischen Parteiorgans *Barricada*, hat in den letzten Jahren das Fernsehprogramm „Esta Noche“ im Fernsehsender Telenica Canal 8 geleitet. Er gehört zu den schärfsten und populärsten KritikerInnen Ortegas. Um ihn mundtot zu machen, wurde der Sender im Januar 2010 kurzerhand aufgekauft – mit Geldern aus Venezuela. Jetzt wird er von FSLN-FunktionärInnen kontrolliert. Der hier gekürzt abgedruckte Beitrag wurde für die mexikanische Tageszeitung *La Jornada* geschrieben und von Werner Hörtnner für die österreichischen *Nicaragua-Nachrichten*, Ausgabe Februar 2010, übersetzt.

Frauen machen Druck

Trotz Strafverfolgung, Diffamierung und gewalttätiger Übergriffe: Die Frauenorganisationen Nicaraguas lassen sich von der Regierung Ortega/Murillo nicht einschüchtern. Kürzlich riefen sie zu einer großen „Besen-Demonstration“ gegen politische Korruption und gegen die Willkür des Präsidenten auf. Der hatte kürzlich am Parlament vorbei die gleichen Obersten WahlrichterInnen in ihrem Amt bestätigt, die den Betrug bei den letzten Kommunalwahlen abgesegnet hatten. Gleichzeitig setzten sich die DemonstrantInnen für das Leben der jungen Amalia ein, die trotz akuter Krebsdiagnose von den Ärzten nicht behandelt wird, weil sie in der zehnten Woche schwanger ist. Denn das neue, totale Abtreibungsverbot stellt Ärzte unter Strafe, die eine Abtreibung vornehmen – selbst wenn das Leben der Mutter gefährdet ist.

STICHWORT »FRAUEN FÜR DEMOKRATIE«

Helfen Sie mit Ihrer Spende!

